Einreicher: Der Landrat

Datum: 09.06.2017

Beschlussvorlage des Kreisausschusses Nr. KA 06-2017

Gegenstand der Vorlage

Vorplanung für die Erweiterung der Grundschule Goldbach am Standort Goldbach

001 Die Verwaltung wird beauftragt, das vorhandene Konzept zur Erweiterung der Grundschule Goldbach vom April 2000 im Rahmen einer Vorplanung zu aktualisieren.

Gießmann

Beratungsfolge

Datum der Sitzung

Kreisausschuss

26.06.2017

Begründung:

A. Problem und Reglungsbedürfnis

Mit Schreiben vom 1. Februar 2012 zur Würdigung der Schulnetzplanung des Landkreises Gotha hat das zuständige Ministerium den Schulträger noch einmal darauf hingewiesen, dass die Bildung einer Außenstelle eines geteilten Schulstandortes keiner zweckmäßigen Schulorganisation entspricht. Ziel soll es sein, künftig alle Grundschüler an einem Schulstandort zu unterrichten. Die Schulleitung hat im Fachausschuss des Kreistages am 1. März 2017 nochmals die Notwendigkeiten einer Änderung der heutigen Situation dargestellt. Für den Kreistag Gotha fehlt eine belastbare Kostenaussage um weitere Entscheidungen zum Schulstandort zu treffen.

B. Lösung

Die Verwaltung wird beauftragt, die vorhandene Untersuchung der Schulstandorte vom April 2000 zu aktualisieren. Ziel ist es, eine Kostenvoraussage für eine eventuelle Investitionsentscheidung zu erarbeiten.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von 20.000 Euro stehen in der Haushaltsstelle 02.6000.94100 „Allgemeine Planung Hochbau“ zur Verfügung.

Vom Fachausschuss wird die Konzentration am Standort Goldbach favorisiert. Dabei sind die Belange einer eventuellen Gemeindegebietsreform in die Betrachtung einbezogen worden.

Ein Raumprogramm zur Ertüchtigung der Schulstandorte liegt vor und ist mit der Schule abgestimmt.

Die Schülerzahlentwicklung der GS Goldbach geht weiterhin von 10 Klassen (d. h. pro Jahrgang 2 bis 3 Klassen) aus.

Zur weiteren Vorbereitung der Investitionen gemäß ThürGemHV § 10 müssten im Haushalt 2018 60.000 Euro für die Erarbeitung der Entwurfsplanung eingestellt werden.

Die Veranschlagung der Ausgaben für die Realisierung der Investition wäre ab dem Haushaltsjahr 2019 möglich.

C. Alternativen

Keine

D. Zuständigkeit

Kreisausschuss